

P R e s s e

S P i e g e l

Polen-Pressespiegel 31/2022 vom 04.08.2022

Das finden Sie in dieser Ausgabe

- *Ein ertrinkender Autokrat greift nach dem Faschismus*
- *Eine stärkere Union bedeutet einen stärkeren Staat*
- *Die Reisen des Parteivorsitzenden, beziehungsweise der fliegende Zirkus von Recht und Gerechtigkeit*
- *Die Polen haben 22,5 Mio. PLN für eine Drohne für die Ukraine gesammelt. Gute Nachrichten vom Hersteller*
- *Protest eines Konservativen, dem sein Konservatismus von der regierenden Partei gestohlen wurde*
- *Die Polen waren noch nie so pro-europäisch. Letzte Umfrage*

Dazu wie immer ein Cartoon von Andrzej Mleczek und zum Schluss mal ein kluger, mal ein dummer Spruch der Woche

Ein ertrinkender Autokrat greift nach dem Faschismus



Quelle: wyborcza.pl

Von **Wojciech Maziarski**

Wenn man Viktor Orbáns rassistischen Thesen zuhört, kann man mit hoher Wahrscheinlichkeit das Leitmotiv des Wahlkampfs der PiS im Jahr 2023 vorhersagen.

Inflation, wirtschaftliche Schwierigkeiten, Druck aus Brüssel und die Blockade europäischer Gelder, Krieg an der Ostgrenze ... Die autokratischen Regierungen von Viktor Orbán und Jaroslaw Kaczyński sehen sich mit einer Welle von Widrigkeiten konfrontiert, die sie noch nie erlebt haben. Die Regierten haben langsam die Nase voll, gehen auf die Straße, blockieren Brücken (in Budapest) und skandieren: „Ihr werdet im Gefängnis sitzen!“ (in Polen). Die Umfragewerte von Fidesz und der PiS sind im Sinkflug.

Daher greifen die Autokraten auf eine bewährte Ablenkungsmethode zurück: Sie suchen sich vermeintliche „Feinde der Nation“ und hetzen gegen sie. Kaczyński hat es auf die unbescholtenen Transsexuellen abgesehen. Vielleicht hören sogar einige der PiS-Wähler den Erzählungen des Führers mit Erstaunen und leichtem Widerwillen zu.

Viktor Orbán hingegen hat schwerere Geschütze aufgeföhren. Am Samstag griff er in seiner jährlichen Grundsatzrede in Baile Tusnad in Siebenbürgen, Rumänien, auf Argumente aus dem Arsenal des Rassismus und - ja, scheuen wir das Wort nicht - des Faschismus des 20. Jahrhunderts zurück. Er sagte, dass bald mehr als die Hälfte der Einwohner westlicher Großstädte von außerhalb Europas stammen würden und dass eine Rassenmischung auch in Ungarn nicht zugelassen werden sollte. Er schlug vor, dass innerhalb des Schengen-Raums, an den ungarischen Grenzen, rassistisch Fremde in Zukunft aufgegriffen werden müssten, auch wenn sie das Recht hätten, in der EU zu bleiben. Andernfalls wird das

fremde Element das Karpatental - die Heimat der Ungarn - besetzen. Er hat zwar nicht den Ausdruck „Lebensraum“ verwendet, aber ein solcher Ausdruck drängt sich auf die Lippen.

Orbán hat sich nicht lumpen lassen. Er hat es sorgfältig durchdacht und vorbereitet. Diese Thesen vertrat er bei seiner jährlichen Grundsatzrede, die jedes Mal mit großer Aufmerksamkeit verfolgt wird. Hier hielt er 2014 seine berühmte Rede, in der er den Aufbau einer „nicht liberalen Demokratie“ ankündigte. Es ist übrigens bezeichnend, dass der ungarische Herrscher seine wichtigsten Reden jedes Jahr bei seinem Nachbarn Rumänien hält. Es ist, als ob Kaczyński zu diesem Zweck nach Vilnius reisen würde.

Es bleibt nun abzuwarten, wie sich die Taktik der beiden Autokraten auswirkt, die sich bereits in der Vergangenheit immer wieder gegenseitig angeguckt und nachgeahmt haben. Wenn ich raten müsste, wer von beiden sich als effizienter erweisen wird, würde ich auf Orbán setzen. Es scheint, dass der Rassismus, den er präsentiert, die öffentliche Hysterie viel wirksamer mobilisieren und anheizen kann als Kaczyńskis absurde Transphobie.

Und das bedeutet, dass diesmal der Vorsitzende der PiS, der sich ja schon einmal über die von Einwanderern verbreiteten Keime geäußert hat, den Fidesz-Vorsitzenden nachahmen wird. Damit ist das Leitmotiv der PiS-Kampagne im Jahr 2023 aller Wahrscheinlichkeit nach vorhersehbar.

Zsfg.: JP

<https://wyborcza.pl/7,75968,28723554,tonacy-autokrata-faszyzmu-sie-chwyta.html>



www.mleczko.pl

**EHEMALIGER ABGEORDNETER
BITTET UM UNTERSTÜTZUNG**

Zsfg.: JP

Mehr Informationen über den Künstler findet man auf den offiziellen Seiten:
<http://www.mleczko.pl/> und <http://www.sklep.mleczko.pl/>

Eine stärkere Union bedeutet einen stärkeren Staat



Quelle: wyborcza.pl

Es gibt keinen Widerspruch zwischen einem europäischen Föderalismus und einem Nationalstaat. Die Integration dient den Mitgliedsstaaten, insbesondere den schwächeren.

Von **Piotr Maciej Kaczyński** von der Stiftung Professor Bronisław Geremek Zentrum

Der europäische Föderalismus ist ein häufiger Prügelknabe der polnischen nationalistischen Rechten. Aber lohnt es sich wirklich, eine Bewegung zu verteufeln, die seit ihren Anfängen an der Spitze der europäischen Integration gestanden hat? Der Aufbau der Vereinigten Staaten von Europa ist kein einfacher Prozess, der mit vielen Unebenheiten und wechselnden Entscheidungen verbunden ist und viele Wendungen mit sich bringt. Dennoch ist das in den EU-Verträgen verankerte Ziel einer „ever closer union“, d.h. die Entwicklung einer immer engeren Integration, nach wie vor das Ziel der Europäischen Union. Die Union wird nur dann eine föderale Organisation sein, wenn wir, ihre souveränen Bürgerinnen und Bürger, dies wollen und in einer demokratischen Abstimmung den Vereinigten Staaten von Europa zustimmen. In gewissem Sinne existiert bereits ein föderales Europa. Es hängt alles davon ab, wie wir die Realität um uns herum betrachten. Als wir die lange Liste der „Meilensteine“ sahen, stellten wir fest, dass Polen von der Europäischen Kommission und der Regierung der Republik gemeinsam regiert wird. Wenn sie dasselbe sagen, gibt es kein Problem. Wenn sie sich nicht einig sind, muss man vor Gericht ziehen. Aber zu welchem? An den EuGH oder doch an das polnische Verfassungsgericht?

Was soll dieses „föderale Europa“ eigentlich sein? Instinktiv reagieren viele auf den Begriff „Föderalismus“ im europäischen Kontext in ähnlicher Weise: Es geht um den Aufbau der Vereinigten Staaten von Europa. Nur für sehr viele bedeutet der Prozess des Aufbaus einer USE, um eine Abkürzung ähnlich der amerikanischen föderalen Union zu verwenden, den Verzicht auf das Polentum oder den Verlust der Souveränität Polens.

Aber diese Behauptungen sind nichtssagend und nichts weiter als leere Panikmache. Es gibt kein einheitliches Verständnis davon, was eine föderale europäische Union sein sollte. Sollte sie eine Steuerpolitik, eine Außenpolitik, eine Sozialpolitik, eine Bildungspolitik, eine Gesundheitspolitik haben? In der Tat gibt es europäische Föderalisten wie Ulrike Guerot, die die Auflösung der Nationalstaaten und den Aufbau eines vereinten Europas auf den Ruinen der westfälischen Staaten fordern, die die Wurzel allen Nationalismus sind. Aber dies ist eine Stimme vom Rande des föderalen Diskurses, der wie jeder demokratische Diskurs vielschichtig ist.

Schumans Vision vom Föderalismus

Ohne Robert Schuman hätte es kein hohes Maß an Vertrauen zwischen den europäischen Nationen gegeben. Und dieses Vertrauen wäre nicht von Dauer ohne einen europäischen Föderalismus. Wenn wir Robert Schuman die Wiederherstellung des Vertrauens zwischen Frankreich, Deutschland und den Benelux-Staaten verdanken, so ist Jean Monnet der Autor dessen, wie dieses Vertrauen gefestigt und weiterentwickelt werden kann: gemeinsame, supranationale (statt zwischenstaatliche) Institutionen. „Krieg soll sich nicht mehr lohnen“, verkündet einer seiner vielen Aussprüche. Deshalb begannen die Europäer mit der Entwicklung des Handels, der Produktion und der Dienstleistungen, der wirtschaftlichen Freiheiten und des Lebensstandards der italienischen Arbeiter in den französischen und deutschen Bergwerken. Die Unionsbürgerschaft wurde vor 30 Jahren erfunden und wird heute mit Inhalt gefüllt.

Schuman wird heute verdreht wiedergegeben. In der Schuman-Erklärung, die Schuman mit seinem Namen versehen und mindestens zweimal öffentlich verlesen hat, ist das Ziel einer europäischen Föderation eindeutig genannt. Nicht als etwas, das er erwartet hatte, sondern als eine natürliche Folge der Annäherung der Europäer. Er warnte jedoch, dass die europäische Integration ein „Sprung ins Ungewisse“ sei, was bedeute, dass es an der nächsten Generation von Europäern liege, die Integration neu zu definieren. Offensichtlich ist auch, wie er in seinem einzigen Buch „Für Europa“ schrieb, der Nationalstaat ist ein wichtiger Wert. Für Schuman gab es keinen Widerspruch zwischen einer „europäischen Föderation“ und europäischen Nationen. Unterdessen entstellt das von der polnischen Regierung geförderte Schuman-Institut das Vermächtnis des von der katholischen Kirche gesegneten „Vaters Europas“, indem es ihn als Feind des europäischen Föderalismus darstellt.

Spinelli, oder das linke Gesicht des Föderalismus

Muss eine europäische Föderation im Widerspruch zum Nationalstaat stehen? Schuman sagte und schrieb, dass dies nicht der Fall sei. Dennoch ist der Vorwurf, Föderalismus bedeute die Abschaffung der Nationen, weit verbreitet. Woher kommt diese Assoziation? Vor allem aus der Debatte der 1980er Jahre, als die Arbeit am Föderalismus nicht in katholischen, sondern in linken Kreisen konzentriert war. Das 1941 von Altiero Spinelli und Ernesto Rossi verfasste Ventotene-Manifest zielte genau darauf ab, die Rolle der Nationalstaaten zu begrenzen, um eine europäische Föderation zu schaffen. Nach dem Krieg wurde Spinelli Europapolitiker, in den 1970er Jahren Kommissar für Industrie und ab 1979 Mitglied des Europäischen Parlaments. Seine Arbeit in den 1980er Jahren führte zu einer neuen Welle von Vertragsänderungen, die zur Gründung der Europäischen Union führten. Die letzte Änderung der Verträge fand im Jahr 2009 statt.

Die Vertiefung der europäischen Integration besteht gerade in ihrer Föderalisierung, indem den Organen der Union neue Zuständigkeiten übertragen werden (z. B. in der Energie- und Währungspolitik oder beim Schutz der Verbraucherrechte) und das nationale Vetorecht eingeschränkt wird. Heute liegt der Schwerpunkt unter anderem auf dem Ausbau der Kompetenzen im Gesundheitswesen und der Abschaffung des Vetorechts in der Außenpolitik.

Die Spinelli-Gruppe der modernen europäischen Föderalisten besteht seit 2010. Der Sitz des Europäischen Parlaments in Brüssel ist nach ihm benannt. Es überrascht also nicht, dass der europäische Föderalismus für viele Politiker und Sympathisanten sowohl der Linken als auch der Nationalisten einen Vater hat, nämlich den Linken Spinelli, der in seiner Jugend ein Kommunist war und die Idee der Nationalstaaten bekämpfte. Um den italienischen und deutschen Euroföderalismus besser zu verstehen, ist es jedoch wichtig, sich daran zu erinnern, dass der Nationalismus in diesen Ländern auch heute noch mit dem Faschismus verbunden wird. Außerdem haben beide großen europäischen Nationen eine eher kurze Staatsgeschichte. Weder als Wojciech Bogumił Jastrzębowski 1831 die Verfassung für Europa schrieb, noch als Victor Hugo 1849 von den Vereinigten Staaten von Europa sprach, gab es auf der europäischen Landkarte nicht nur kein Polen. Es gab auch kein geeintes Deutschland oder ein geeintes Italien.

Wenn für die meisten europäischen Nationen Unabhängigkeit mit Freiheit verbunden ist und eine eigene unabhängige Nation sich mit den anderen Nationen Europas friedlich arrangieren muss, ist für Italiener und Deutsche, aber auch für viele Österreicher, der Föderalismus gerade im Sinne Spinellis viel attraktiver: als Begrenzung der Rolle der Nationalstaaten.

Schuman hatte Recht, nicht Spinelli

Paradoxerweise ist die europäische Integration jedoch ein Multiplikator der Stärke für die Mitgliedstaaten. Dies ist auf Schritt und Tritt zu sehen. Die Interessen des kleinen Irlands sind in den Verhandlungen mit dem Vereinigten Königreich zu den Interessen der gesamten Union geworden. Das kleine Zypern diktiert die europäische Politik gegenüber der Türkei. Heute diktiert Bulgarien und früher Griechenland, was Nordmazedonien zu tun hat, wie es zu heißen hat (von Griechenland) und wie es sich zu identifizieren hat (von Bulgarien). Litauen kann sich gegen das große China behaupten und Vergeltungsmaßnahmen riskieren, wenn das große Frankreich und Deutschland und der Rest der Union sich für Litauen einsetzen.

Die Union ist ein Schutzschirm für ihre Mitgliedsstaaten. Auf diese Weise vervielfachen diese Länder ihren Einfluss in der Welt. Es sei an die Aufrufe zum Boykott von Produkten dänischer und schwedischer Unternehmen erinnert, als die Medien dieser Länder Karikaturen von Mohammed veröffentlichten. Der Boykott scheiterte, weil sich die gesamte Union für sie einsetzte. Es ist auch niemand auf die Idee gekommen, europäische Länder wegen eines Rauchverbots in öffentlichen Räumen zu verklagen. Andererseits hat Philipp Morris einmal die uruguayische Regierung verklagt.

Spinelli hatte Recht, als er den Nationalismus als die größte Bedrohung für den Frieden in Europa bezeichnete. Aber gleichzeitig irrte er sich im Hinblick auf den Kampf gegen die Mitgliedstaaten. Die Vertiefung der europäischen Integration hat die Mitgliedsstaaten gestärkt. Die Beschränkung der Mitgliedstaaten durch die Entwicklung von Kompetenzen und die Festlegung von Mehrheitsentscheidungen dient paradoxerweise sowohl den Staaten als auch einem zunehmend geeinten Europa.

Es stellt sich also heraus, dass Schuman Recht hatte, nicht Spinelli. Es gibt keinen Widerspruch zwischen einer starken Europäischen Union und starken Mitgliedstaaten, die sich selbst durch Selbstbeschränkung stärken. Er hatte auch Recht, als er sagte, dass die Zukunft davon abhängt, dass die nachfolgenden Generationen von Europäern den Integrationsprozess neu definieren.

Zsfg.: AV

<https://wyborcza.pl/7,75968,28723719,silniejsza-unia-to-silniejsze-panstwa.html>

Die Reisen des Parteivorsitzenden, beziehungsweise der fliegende Zirkus von Recht und Gerechtigkeit



Quelle: wyborcza.pl

Von **Paweł Wroński**

PiS-Politiker behaupten, die Reisen des Parteivorsitzenden Jarosław Kaczyński dienen der Überprüfung der Truppen vor dem für den kommenden Herbst geplanten Generalgefecht. Sie vergessen jedoch, dass zu einer Truppenüberprüfung auch gehört, dass die Soldaten ihren Anführer sehen und einschätzen können, ob er der Garant für den Sieg ist.

Die in den Sälen versammelten treuesten PiS-Aktivisten zweifeln wahrscheinlich nicht an der taktischen Genialität des Vorsitzenden. Es ist paradox, aber die Teilnahme von Jarosław Kaczyński am laufenden Wahlkampf wird zum größten Trumpf der Opposition. Donald Tusk, Szymon Hołownia, Władysław Kosiniak-Kamysz sollten mit donnernder Stimme rufen: Lasst den PiS-Vorsitzenden sprechen!

Der Häuptling ist müde, will aber Liebe

Jarosław Kaczyński, der in der Vergangenheit während der Wahlkampagnen der PiS oft untergetaucht ist, leitet sie diesmal selbst. Wahrscheinlich sollte ein älterer, freundlicher Herr mit einem ironischen, gutmütigen Lächeln und einem großen Sinn für Humor dargestellt werden. Damit die Wähler Kaczyński nicht nur wählen, sondern ihn auch mögen. Gleichzeitig soll er sich aber als ein Politiker von europäischem Format präsentieren, der die Zügel des Staates mit fähiger Hand führt.

Stattdessen ist bei den Treffen mit Kaczyński ein Hauch von Niedergang zu spüren, und der Zeitpunkt rückt immer näher, an dem Jarosław Kaczyński Senator von Elbląg werden wird, ein Traum, den er selbst gegenüber Interia äußerte. Das Paradoxe an diesem Traum ist, dass er schon einmal Senator war - im Jahr 1989.

Er selbst spricht bereits öffentlich über die Notwendigkeit einer Wachablösung in der PiS. Er verwechselt Städtenamen und Fakten. Die ordinären Witze über Transgender erinnern an kindische Scherze, die sich über Behinderte lustig machen. Vielleicht ist es ein Versuch, einen „Juden“ zu finden, mit dem man die Öffentlichkeit erschrecken kann, wie in der Vergangenheit mit Flüchtlingen, LGBT's oder der „Gender-Ideologie“. Es könnte auch ein ungeschickter Versuch sein, eine Beziehung zu den Zuschauern im Saal aufzubauen, die gemeinsam mit dem Vorsitzenden vor Vergnügen glucksen.

Der Vorsitzende lebt von seinen privaten Sympathien und Antipathien, und ein Beweis für seine Realitätsferne ist seine Aufzählung der angeblichen Erfolge des Dorfvorstehers von Pcim, Daniel Obajtek: ein amerikanischer Shop, ein Netz von Fahrradwegen oder eine Kinderkrippe - die es natürlich nie gegeben hat. Das bedeutet, dass wer Zugang zum Ohr des Vorsitzenden hat, ihm jeden Schwachsinn einflüstern kann, denn der Vorsitzende glaubt, weil er keine Möglichkeit hat, ihn zu überprüfen. Schließlich liest er nur die Todesanzeigen in der Wyborcza, wie er kürzlich erklärte.

Der Streit mit *Solidarna Polska*, deren Vorsitzender Zbigniew Ziobro, der „Minister der Hilflosigkeit“ ist, und der parteiinterne Widerstand in der PiS, die die wiederholten Misserfolge von Premierminister Mateusz Morawiecki satthat, zeigen, dass der Vorsitzende der PiS die Vereinigte Rechte nicht mehr fest im Griff hat. Noch wichtiger ist, dass man aus den Fragen an den Vorsitzenden ersehen kann, dass die Teilnehmer an den Treffen diese Probleme kennen. Sie sehen also nicht nur TVP.

Wie der Vorsitzende die Polen nervt

Recht und Gerechtigkeit haben mit den Reisen des Vorsitzenden etwas erreicht, was vorhersehbar war: Sie nerven die Polen. Es ist schwer festzustellen, wer die Formel entwickelt hat, dass der Vorsitzende nur mit einer ausgewählten Gruppe zusammentrifft, dass die Fragen aus dem Publikum ausgewählt werden und dass die Versammlungsorte von Kordons der Staatspolizei umgeben sind, die ja allen Bürgern und nicht nur einer politischen Partei dienen soll. Immerhin hatte der Vorsitzende Kaczyński auf dem Kongress Anfang Juni angekündigt, er wolle mit den Polen sprechen, sich ihre Probleme anhören und die Errungenschaften vorstellen. Er vergaß hinzuzufügen, dass es sich nur um ausgewählte Polen handelt und dass die anderen mit Tränengas behandelt werden dürfen.

Natürlich sprechen die öffentlich-rechtlichen Medien über die wachsende Aggression der Opposition, die von dem feindseligen Donald Tusk - einem deutschen Agenten - angeführt wird. Einige Wähler könnten daher zu dem Schluss kommen, dass der Vorsitzende einfach nur Angst vor den Wählern hat, versucht, sich von ihnen abzuschotten und wie ein Ausstellungsstück in einem „goldenen Käfig“ durch das Land gefahren wird, um sich inmitten von örtlichen Förstern, Feuerwehrleuten und Landfrauenkreisen in Trachten fotografieren zu lassen.

Das Polen der Zukunft? Bewaffnet und feindlich

Allzu oft beschäftigen wir uns jedoch mit weniger wichtigen Dingen - damit, was Jarosław Kaczyński falsch gemacht hat und warum er nicht in der Lage ist, den Begriff „Stockholm-Syndrom“ richtig auszusprechen, während wir zu wenig darauf achten, was Kaczyński sagt und welche Vision von Polens Zukunft er präsentiert. Einige Kommentatoren sind der Meinung, dass die PiS eine ideologisch unfruchtbare Partei ist, deren Visionen nach der Niederlage von Marine Le Pen und der Pro-Putin-Wende von Viktor Orbán zerbröckelt sind. Was Jarosław Kaczyński sagt, ist jedoch ein Versuch, eine neue Vision zu entwerfen. Und es ist eine beängstigende Vision.

Der existenzielle Hauptfeind ist nicht mehr Russland, das in der Ukraine einen blutigen Krieg führt, sondern Deutschland und die von ihm dominierte Europäische Union werden zum Feind. Die Äußerungen und die Propaganda von Jarosław Kaczyński zeigen, dass Deutschland der Feind ist, unter anderem deshalb, weil Deutschland dafür sorgt, dass Donald Tusk die Wahlen in Polen gewinnt. Das Vorgehen der Europäischen Union gegen Polen beruht seiner Ansicht nach auf Richtlinien der Berliner Politik. Aus diesem Grund zahlt

die Union Polen kein Geld aus dem Nationalen Wiederaufbaufonds – damit Tusk dieses Geld im Wahlkampf versprechen kann und nach seinem Wahlsieg erhält. Kaczyński erklärt, dass dieses Geld nicht benötigt wird, und gaukelt seinen Wählern vor, viel höhere Beträge an Kriegsreparationen Deutschland abzunehmen (Geld, auf das Polen mehrfach verzichtet hat).

Die Stärke und das Prestige des Landes sollen künftig von der Armee bestimmt werden, deren Budget bis zu fünf Prozent des BIP ausmachen soll und unter anderem mit „Luftüberlegenheitsjägern“ (also den horrend teuren F-15 oder F-22) ausgestattet werden soll. Kaczyńskis Witze über die Frage, ob Deutschland sich bewaffnet, um Polen anzugreifen, lassen sich daher leicht umkehren: Bewaffnen wir uns, um uns gegen die Deutschen zu wehren?

In dieser Konzeption soll Polen ein autarker Staat sein, der bis an die Zähne bewaffnet ist (es ist nicht klar, woher die Mittel dafür kommen), von der Europäischen Union isoliert und in der NATO sich auf ein Bündnis mit den USA stützt.

Das Geld ist nicht da und wird auch nicht kommen?

Zum ersten Mal seit Jahren kündigt Jarosław Kaczyński keine weiteren Sozialtransfers an. Er hat erklärt, dass es keine Erhöhung des Kindergeldes 500 plus auf 700 PLN geben wird. Die Ankündigung einer dauerhaften 14. Rente wurde bereits mehrfach wiederholt, und Präsident Andrzej Duda sprach von einer 15. Für derartige Erklärungen vor den Wahlen ist es wahrscheinlich noch zu früh, und außerdem würde dieses Geld in Zeiten grassierender Inflation schmelzen wie Schnee im Frühling. Es ist klar, dass die PiS kein Rezept gegen die Inflation und insbesondere gegen steigende Energiepreise hat. Es ist auch schwierig, eins zu haben, da dies in vielen Ländern ein Problem ist. Allerdings hatte der Vorsitzende zuvor einen endgültigen Bruch mit dem „Imposibilismus“ erklärt.

Der PiS-Vorsitzende konzentriert sich also darauf, wie viel Gutes die PiS den Polen gegeben hat und was die PO-PSL-Koalition den Polen nicht gegeben hat. Seine Aussage zeigt, dass die PiS den Polen viel mehr hätte geben können, wenn es nicht die böse, verräterische Opposition und andere externe Faktoren gegeben hätte, wie z. B. die Bauunternehmen, die der PiS nicht erlaubten, so viele Wohnungen zu bauen, wie sie geplant hatte, privatisierte Hafenanlagen, die dafür gesorgt haben, dass keine Kohle für den Winter nach Polen gebracht werden kann, und Putin, der die Inflation in Polen aufgedreht hat, was völlig außerhalb des Einflusses der Nationalbank unter Adam Glapiński lag.

Als die PiS 2015 nach mehreren Jahren der Finanzkrise und des anschließenden wirtschaftlichen Zusammenbruchs, die Polen unter der PO-PSL-Regierung relativ glimpflich überstanden hatte, die Macht übernahm, schätzten PiS-Politiker ein, dass die Vorgängerregierung „Polen in Trümmern“ hinterlassen habe. Jarosław Kaczyński rechnet nun damit, dass die Wähler seiner Herrschaft einen Nachsichtstarif erteilen werden, und sagt: „Andere sind schuld“.

(...)

Zsfg.: AV

<https://wyborcza.pl/7,75968,28734436,wojaze-prezesa-czyli-latajacy-cyrk-prawa-i-sprawiedliwosci.html>

Polen haben 22,5 Mio. PLN für eine Drohne für die Ukraine gesammelt. Gute Nachrichten vom Hersteller



Quelle: businessinsider.com.pl

Das Unternehmen Baykar hat erklärt, dass eine „polnische“ Drohne für die Ukraine gespendet wird, ohne dass die Gelder aus der Sammlung dafür verwendet werden. Die bei der Spendenaktion gesammelten 22,5 Millionen Zloty werden für humanitäre Hilfe für das ukrainische Volk verwendet, das ein schreckliches Schicksal erleidet, wie der Organisator der Spendenaktion, der Journalist Sławomir Sierakowski, berichtet.

Die Online-Spendenaktion für den Kauf einer Drohne für die ukrainische Armee wurde von dem Journalisten und Herausgeber der Zeitschrift *Krytyka Polityczna*, Sławomir Sierakowski, gestartet. **Am Sonntag überstiegen die Spenden bei einer Spendenaktion für einen Bayraktar für die Ukraine 22,5 Millionen Zloty, den Betrag, der für den Kauf der Drohne benötigt wird.**

Am Donnerstag teilte Sierakowski auf Facebook mit, dass er ein offizielles Schreiben der Baykar-Geschäftsführung erhalten habe, in dem ihm mitgeteilt wurde, dass die „polnische“ Drohne für die Ukraine dem Land gespendet werde, ohne dass die Gelder aus der Sammlung dafür verwendet werden.

Der Journalist kündigte an, dass die 22,5 Millionen Zloty, die im Einvernehmen mit der ukrainischen und der türkischen Seite gesammelt wurden, für humanitäre Hilfe für das ukrainische Volk verwendet werden, das furchtbare Opfer zu beklagen hat. „Da wir einen Überschuss gesammelt haben, d. h. etwa 1,8 Millionen Zloty (zuzüglich des Erlöses aus der Auktion), werden wir ihn an den Fonds der ukrainischen Streitkräfte überweisen, der von der Nationalbank der Ukraine verwaltet wird. Bis Ende der Woche, wenn die Sammlung endgültig abgeschlossen ist, kann sich diese Summe noch erhöhen“, sagte Sierakowski.

„Zusammengefasst: Insgesamt beläuft sich unsere finanzielle Unterstützung für die Ukraine auf etwa 50 Millionen PLN. Deshalb habe ich diese Botschaft an alle, die mir direkt helfen, und an die Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die uns unterstützt haben, und vor allem an 215 000 600 polnische Frauen und Männer (und fast 1000 belarussische Frauen und Männer). Sie werden sich

an der militärischen Verteidigung der Ukraine gegen Russland sowie an der humanitären Hilfe für die Bevölkerung beteiligen“, schrieb er.

Sierakowski veröffentlichte auch ein Schreiben der Geschäftsführung des türkischen Drohnenherstellers Bayraktar. „Wir möchten allen Polen, die diese sinnvolle Aktion unterstützt haben, unseren aufrichtigen Dank aussprechen. Wir sind beeindruckt, dass sich Hunderttausende von Polen an der von Ihnen organisierten Kampagne beteiligt haben“, schrieben die Direktoren.

Das Unternehmen bot an: „Angesichts Ihrer Kampagne werden wir den Ukrainern die Drohne Bayraktar TB2 kostenlos zur Verfügung stellen, damit sie ihr Heimatland bestmöglich verteidigen können. Und wir werden ein Auge darauf haben, dass die von ukrainischen Wohltätigkeitsorganisationen gesammelten Mittel für Zwecke verwendet werden, die der Stärkung der Ukraine dienen. Wir hoffen, dass dieses Angebot und diese Kampagne erfolgreich sein werden, um das Leben unschuldiger Ukrainer in dieser schwierigen Zeit zu retten. Wir beten, dass sie so schnell wie möglich beendet wird“, hieß es in dem Schreiben.

Anfang Juli dieses Jahres bewertete die stellvertretende Vorsitzende der ukrainischen Werchowna Rada (Parlament), Oleena Kondratiuk, die in Polen stattfindende Sammlung mit den Worten: „Das ist eine fantastische Unterstützung und Solidarität, die in die Geschichte unserer Beziehungen eingehen wird“.

Die türkischen Bayraktar TB2-Drohnen werden unter anderem zur Aufklärung, Artillerieführung sowie zum direkten Angriff mit mitgeführten Bomben eingesetzt.

Die Drohne ist 6,5 Meter lang und hat eine Flügelspannweite von 12 Metern. Sie kann bis zu 27 Stunden in der Luft bleiben und eine Höchstgeschwindigkeit von etwa 220 km/h erreichen. Die Maschine wiegt 650 kg.

In der Vergangenheit wurden Sammlungen für den Kauf von Drohnen für die ukrainische Armee von Litauern und Ukrainern durchgeführt.

Zsfg.: JP

<https://businessinsider.com.pl/wiadomosci/polacy-zebrali-225-mln-zl-na-drona-dla-ukrainy-swietne-wiesci-od-producenta/dcd587x>

Protest eines Konservativen, dem sein Konservatismus von der regierenden Partei gestohlen wurde



Kazimierz Michał Ujazdowski

Quelle: wyborcza.pl

Von Andrzej Brzeziński

Der liberale Leser von Kazimierz M. Ujazdowskis neuestem Buch wird vielleicht angenehm überrascht sein - der ideologische Konservative fühlt sich im Staate des euroskeptischen Thron-Altar-Bündnisses überhaupt nicht wohl.

„Der Rechtspopulismus trifft den Konservatismus nicht weniger stark als andere ideologische Strömungen. Der Populismus degeneriert die Ideen, die die Grundlage des konservativen Denkens bilden, vor allem den Respekt vor der Tradition oder das Denken in den Kategorien des Interesses des Staates“, schreibt Kazimierz M. Ujazdowski, einst PiS-Politiker und Minister in einer Regierung der Partei, heute Senator, der die Regierung seit mehreren Jahren kritisiert.

Warum hat sich Ujazdowski von der PiS getrennt?

Was ist in Polen geschehen, das Ujazdowski dazu veranlasst hat, sich von der Partei zu trennen, von der man annehmen könnte, dass sie die Bestrebungen der Konservativen am besten widerspiegelt? Nun, es scheint, dass es nicht die Ziele der PiS waren, sondern ihre Methoden, die Ujazdowski von dieser Formation entfremdeten - vor allem die Abhängigkeit des Verfassungsgerichts von ihr und damit ihre Missachtung der Verfassung. Dieser Streit, der bereits vor sechs Jahren begonnen hatte, machte

Ujazdowski deutlich, dass die PiS den Konservatismus „gestohlen“ hatte und eine Politik verfolgte, die nichts mit der Tradition dieser politischen Schule zu tun hatte. (...)

In seinem Buch - einer Sammlung seiner publizistischen Arbeiten aus den letzten Jahren - macht Ujazdowski seine ideologischen Wurzeln, seine Sicht auf Polen, Europa und die PiS-Herrschaft deutlich und schlägt seine eigenen Lösungen für die Probleme der Demokratie vor. In diesem Sinne ist das Buch zusammen mit „Anatomie der Macht und die Neuen Rechten“ zu lesen, einem Buch von Aleksander Hall, das vor sechs Monaten veröffentlicht wurde. Der ehemalige Vorsitzende der Bewegung Junges Polen ist übrigens Mitautor eines der Texte in Ujazdowskis Buch. Die Schlussfolgerung aus beiden Lesarten ist, dass das, was uns jetzt regiert, weder die wahre Rechte noch Konservative sind, sondern ein Haufen Zyniker, die geschickt die Gefühle - hauptsächlich Sehnsüchte und Ängste - eines Teils der Wählerschaft ausnutzen.

Ujazdowski verweist auf Persönlichkeiten, deren Namen einem großen Teil der Politiker der Regierungsformation nicht viel sagen dürften. Denn wer von ihnen liest heute Adolf Bochenski, Jerzy Giedroyc oder begeistert sich für die Berichte von Charles de Gaulle und Jacques Maritain (letzterer war natürlich kein Konservativer)? Ujazdowski ist jedoch nicht in der Vergangenheit verhaftet - es ist klar, dass er das Geschehen in Europa genau verfolgt, den Sinn des zivilisatorischen und sozialen Wandels versteht und beobachtet, wie andere Länder mit den Herausforderungen der Gegenwart umgehen. Er kann zum Beispiel warme Worte für Emmanuel Macron und seine Leistungen finden. Er polemisiert mit dem liberalen Prof. Wojciech Sadurski, aber hier und da kann er ihm zustimmen.

Ujazdowski schreibt es direkt: „Ich habe keinen Zweifel daran, dass der Konservatismus in Polen keine Grundlage für eine Wiederbelebung einer alternativen Politik zum Populismus sein kann“. Er fügt hinzu: „Die Antwort auf den Populismus der PiS erfordert eine intellektuelle Öffnung, die über die konservative Tradition hinausgeht und sich den Herausforderungen stellt, auf die der Konservatismus bisher keine zufriedenstellende Antwort gegeben hat“. Dies ist ein wertvolles und offenes Bekenntnis. Ujazdowski ist nicht desillusioniert von der Idee des Konservatismus an sich, erkennt aber seine Grenzen und dass er nicht das Schwungrad für die Opposition sein kann.

Der liberale Leser von „Institutionen und ihre Feinde“ wird zwar wahrscheinlich nicht die Weltanschauung des Autors teilen und daher in Bezug auf die politischen Ziele anderer Meinung sein, aber in Bezug auf die Methoden könnte er wahrscheinlich mit Ujazdowski übereinstimmen. Denn wie Hall möchte auch Ujazdowski seine Ziele mit rechtsstaatlichen Mitteln und unter Achtung der Institutionen erreichen. Sowohl Ujazdowski als auch Hall schätzen de Gaulle, einschließlich seines nicht-machiavellistischen Ansatzes in der Politik.

Obwohl es also nicht der Konservatismus ist, der die PiS besiegen kann, so Ujazdowski, „kann die polnische Schule des konservativen Denkens einen wichtigen Teil der antipopulistischen Reaktion inspirieren“. Vor allem die Vision einer regierenden Demokratie - einer regierenden Demokratie, die effizient, effektiv und wirklich bürgerlich ist - kann inspirierend sein. Im Mittelpunkt stehen effiziente und authentische Institutionen.

Anerkennung für die Institutionen - Parlament und Gerichte

Und gerade die titelgebenden Institutionen sind der wichtigste Protagonist in Ujazdowskis Buch - ebenso wie die Sorge um sie. Ujazdowski erinnert auf den ersten Seiten daran, dass die Idee der Einrichtung eines Verfassungsgerichts zu Beginn der Zweiten Republik von Konservativen vorgebracht wurde, die der Meinung waren, dass der in den Parlamentswahlen zum Ausdruck gebrachte Wille der Verfassung unterworfen sein müsse. Damals wie heute setzte sich jedoch die gegenteilige Auffassung durch. Ujazdowski polemisiert mit Stimmen von rechts, dass das Verfassungsgericht in der Dritten Republik eine kränkelnde Institution war, die notwendige Reformen verhinderte. Zwar hält Ujazdowski vor allem die Urteile des Gerichtshofs für gültig, die seine Ansichten widerspiegeln, z. B. zum Schutz des gezeugten Lebens, aber er stellt klar, dass eine andere Meinung der Richter kein Grund für ein aggressives Vorgehen gegen diese Einrichtung sein kann.

Ujazdowski verteidigt auch nachdrücklich die kommunale Selbstverwaltung und das Parlament - vor allem seine Ausführungen zur letztgenannten Institution sind interessant. Seiner Meinung nach hatte das

polnische Parlament zwar unmittelbar nach 1989 viel im Staat zu sagen, aber mit der Zeit verblasste seine Bedeutung und die parlamentarischen Debatten wurden oberflächlich und irrelevant - angesichts der parlamentarischen Mehrheiten, die zu Wahlmaschinen wurden. Dies ist nicht nur ein polnisches Phänomen. Ujazdowski nennt die Beispiele Frankreich und Deutschland - dort wurde jedoch rechtzeitig festgestellt, dass die Parlamente ihre beratende, kontrollierende und bewertende Funktion verloren. Es wurden Änderungen vorgenommen, hinter denen das Bewusstsein stand, dass „die Ausweitung der Rechte der parlamentarischen Opposition eine unabdingbare Voraussetzung für die Wiederherstellung der Bedeutung der Parlamente als Institutionen ist“. In Frankreich wurden die entsprechenden Verfassungsänderungen im Jahr 2008 eingeführt. In Deutschland hingegen sind der Opposition erhebliche Kontrollinstrumente garantiert, während für die Besetzung wichtiger Ämter eine qualifizierte Mehrheit erforderlich ist.

Eine weitere Station, an der Ujazdowski aus der PiS-Straßenbahn ausstieg, war die Europäische Union. Er versteht nicht, wie man heute die Anti-EU-Karte spielen kann, versteht nicht, „wie man sich darüber freuen kann, dass die britischen Wähler die Aussicht auf eine EU-Reform zugunsten eines Austritts abgelehnt haben“. Und in den Ohren eines PiS-Aktivisten muss es wie Ketzerei klingen, wenn er das sagt: „Unsere Position in der Region ergibt sich aus unserer Fähigkeit, effektiv mit Deutschland und Frankreich zusammenzuarbeiten, und nicht aus dem Ausmaß des Konflikts mit diesen Ländern“.

Auch der Versuch der Abschaffung der unabhängigen Justiz hat bei Ujazdowski Widerstand hervorgerufen. Er zeigt die tatsächlichen Folgen des Streits mit dem EuGH auf, der schrittweise „seine Befugnisse erweitert hat, indem er faktisch in den Verfassungsbereich eingegriffen und die nationalen Gerichte in seine Obhut genommen hat. Die polnische Regierung hat ein Ergebnis herbeigeführt, das im Widerspruch zu ihrer wiederholt erklärten Sorge um die Souveränität der Mitgliedstaaten steht“. Gleichzeitig ist es den Behörden in Warschau nicht gelungen, ihren Einfluss auf die Gestaltung des europäischen Rechts zu erhöhen. All dies müsse „zu einer Verschlechterung der Position Polens und vielen negativen Folgen führen, einschließlich einer Verringerung der tatsächlichen Souveränität“.

Konservativer gegen Patriotismuskitsch

Ujazdowski lässt auch kein gutes Haar an der PiS-Version des Patriotismus - eine polternde, auf Symbole und Gesten beschränkte Version. Er schreibt: „Das Polentum lässt sich nicht auf ein einziges Modell der Wahrnehmung patriotischer Pflichten reduzieren, es drückt sich nicht nur in der Affirmation von Sienkiewicz aus, sondern auch in seiner Kritik, es drückt sich nicht nur in der Apotheose der Aufstände aus, sondern auch in der bitteren Abrechnung ihrer Kritiker.“

Es ist natürlich nicht so, dass der Autor der oben zitierten Worte, nachdem er die Früchte des Handelns seiner ehemaligen Weggefährten gesehen hat, mit denen er letztendlich den Erfolg der PiS mitgestaltet hat, plötzlich sein rechtes Gewand abwirft und sich den Liberalen oder den Linken anschließt. Er bleibt bei seinen Ansichten. So ist er beispielsweise der Ansicht, dass das nationale Recht nicht der EU untergeordnet werden sollte. Generell vertritt Ujazdowski die Auffassung, dass „die Verteidigung der Unabhängigkeit der Justiz und der Wiederaufbau der konstitutionellen Demokratie nicht mit der Doktrin des uneingeschränkten Vorrangs des europäischen Rechts kombiniert werden sollten“. In diesem Zusammenhang verweist er auf die Durchsetzungskraft des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe und argumentiert, dass „Verfassungsgerichte mit Autorität eine subjektive Rolle im europäischen Rechtslauf spielen können“. Das Problem sei, dass die deutschen Verfassungsrechtler auf den Dialog und das Zusammenspiel zwischen europäischem Recht und nationalen Systemen ausgerichtet sind, während das heutige Polen vor allem auf seinen eigenen Monolog höre.

Ein gemeinsamer Nenner für die gesamte Opposition?

Ujazdowskis Vorschläge zur Heilung der Situation im Land sind sicherlich nicht die einzig möglichen oder besten. Sie sind jedoch eine Einladung, über Polen zu sprechen. Es ist auch erwähnenswert, dass die Forderung nach einer starken kommunalen Selbstverwaltung, einem starken Parlament, unabhängigen zentralen Institutionen und einer unabhängigen Justiz ein gemeinsamer Nenner für viele Liberale ist. Ist das

eine ausreichende Gemeinsamkeit für die heutige Opposition? Von der Antwort auf diese Frage hängt wahrscheinlich viel ab.

Ujazdowski erinnert daran, dass im 18. Jahrhundert die Machtverhältnisse in Europa zwar ungünstig waren und die Teilungen Polens von gierigen Nachbarn durchgeführt wurden, aber „an der Wurzel des Zusammenbruchs der Existenz des Staates standen zwei große nationale Laster – ein Parteihängertum, das die Interessen einer Clique über die Interessen des Staates stellte, und eine Vernachlässigung und Faulheit im Bereich der institutionellen Reformen“.

Zsfg.: AV

<https://wyborcza.pl/7,75968,28730936,protest-konserwatysty-ktoremu-partia-wladzy-ukradla-konserwatyzm.html>

Die Polen waren noch nie so pro-europäisch. Letzte Umfrage



Quelle: onet.pl

Laut einer CBOS-Umfrage befürworten 92 % der Befragten die Mitgliedschaft Polens in der EU, während 5 % dagegen sind. 70 % der Befragten unterstützen den Rückzug Polens von einigen der rechtlichen Änderungen, um Zahlungen aus dem EU-Wiederaufbaufonds auszulösen, 12 % lehnen Zugeständnisse ab.

In der Juni-Umfrage fragte CBOS die Befragten zu ihrer Einstellung zur EU-Mitgliedschaft und zur Entwicklung der europäischen Integration, zu ihrer Wahrnehmung der Souveränität Polens, zu ihrer Unterstützung für die Rücknahme eines Teils der rechtlichen Änderungen und zu ihrer Einschätzung des Umgangs der EU mit verschiedenen Herausforderungen.

Ein rekordverdächtiger Prozentsatz von 92 % der Befragten sprach sich für die Mitgliedschaft unseres Landes in der Europäischen Union aus. Nur 5 % der Befragten sprachen sich dagegen aus. 3 % hatten keine Meinung.

Die Mehrheit der erklärten Wähler der Linken (75 %), der Bürgerlichen Koalition (70 %) und von Szymon Hołownias *Polen 2050* (60 %) ist für eine Vertiefung der Integration. Die Anhänger von *Konfederacja* (35 %) und PiS (35 %) sind überdurchschnittlich häufig für eine Begrenzung.

Die Wähler der PiS (68 %) und – seltener – der *Konfederacja* (50 %) sind davon überzeugt, dass die Unabhängigkeit Polens in der EU zu stark eingeschränkt wird. Diese Meinung wird von der großen Mehrheit der Anhänger von KO (6 %), der Linken (7 %) und von Szymon Hołownias *Polen 2050* (12 %) nicht geteilt.

In der Juni-Umfrage fragte CBOS die Befragten nach ihrer Einstellung zur EU-Mitgliedschaft und zur Entwicklung der europäischen Integration, nach ihrer Wahrnehmung der Souveränität Polens, nach ihrer

Unterstützung für die Rücknahme einiger Änderungen im Justizwesen und nach ihrer Einschätzung des Umgangs der EU mit verschiedenen Herausforderungen.

Im Juni sprach sich ein rekordverdächtiger Prozentsatz von 92 % der Befragten für die Mitgliedschaft unseres Landes in der Europäischen Union aus. Nur 5 % der Befragten sprachen sich dagegen aus. 3 % hatten keine Meinung.

Die Polen waren noch nie so pro-europäisch. Unterstützung nach politischen Ansichten

Zu den Befürwortern der EU-Mitgliedschaft gehören Wähler aller politischen Gruppierungen, die derzeit die größte öffentliche Unterstützung genießen (KO und *Polen 2050* - 100 %, Linke - 98 %, PiS - 92 %). Die relativ meisten Gegner der polnischen EU-Mitgliedschaft finden sich unter den Wählern der *Konfederacja* (76 % – Befürworter, 24 % – Gegner).

Wie CBOS betont, wird die EU-Mitgliedschaft an sich zwar nicht infrage gestellt, aber die Frage, in welche Richtung sich die EU entwickeln soll, sorgt für viel mehr Kontroversen. Die meisten Befragten (38 %) wünschen sich eine stärkere Integration zwischen allen EU-Ländern. Allerdings sprechen sich 29 % für die Beibehaltung des gegenwärtigen Stands der Integration aus, und eine beachtliche Gruppe (16 %) ist auch für eine Verringerung der Integration und eine Stärkung der Rolle der Nationalstaaten. Nur sehr wenige wünschen sich einen Austritt Polens aus der EU (3 %) oder die Schaffung eines Europas der verschiedenen Geschwindigkeiten (4 %). 9 % hatten keine Meinung.

Anhand von Analysen der soziodemografischen Unterschiede lassen sich auch Gruppen unterscheiden, die die Entwicklung der europäischen Integration besonders stark befürworten: junge Menschen unter 24 Jahren (54 % der Befürworter einer Vertiefung der Integration), insbesondere Schüler und Studenten (67 %), Bewohner der größten Städte (59 %), Menschen mit höherem sozioökonomischen Status: Befragte mit Hochschulbildung (54 %), Befragte mit einem monatlichen Pro-Kopf-Einkommen von 4.000 PLN und mehr (58 %), Führungskräfte und Fachleute (59 %).

Die Präferenzen in Bezug auf die Zukunft Polens und der EU unterscheiden sich nach politischen Ansichten und weltanschaulicher Orientierung. Während 56 % derjenigen, die sich mit der Linken identifizieren, eine Vertiefung der Integration befürworten, sind die Präferenzen der Anhänger der Rechten breiter gestreut - sie sind etwas häufiger für eine Stärkung der Rolle der Nationalstaaten oder sogar für einen Austritt aus der EU (insgesamt 36 %, darunter 5 % für "Polexit") als für eine Vertiefung der Integration (26 %).

Eine Mehrheit der erklärten Wähler der Linken (75 %), der Bürgerlichen Koalition (70 %) und von Szymon Hołownias *Polen 2050* (60 %) ist für eine Vertiefung der Integration. Die Befürworter von *Konfederacja* (35 %) und PiS (35 %) sind überdurchschnittlich häufig für eine Begrenzung.

In der Umfrage wurde auch die Frage der Souveränität untersucht. Trotz der Auseinandersetzungen um diese Fragen hat sich die Einschätzung der Souveränität Polens im Laufe der Zeit kaum verändert. Nach Meinung von 55 % der Befragten (3 Prozentpunkte mehr als im Oktober 2021) schränkt die EU-Mitgliedschaft die Unabhängigkeit Polens nicht zu sehr ein. Die Meinung, dass die Zugehörigkeit zur Gemeinschaft die Unabhängigkeit unseres Landes zu sehr einschränkt, wird von 33 % der Befragten geteilt. 12 % hatten keine Meinung.

Wer hat Angst davor, dass die Souveränität Polens eingeschränkt wird?

Die Überzeugung, dass die Anwesenheit in der EU die Souveränität Polens nicht übermäßig einschränkt, wird am häufigsten von jungen Menschen geäußert, insbesondere von den 18- bis 24-Jährigen (72 %), von Schülern und Studenten (81 %), von Bewohnern der größten Städte (76 %) und von den am besten Gebildeten und Wohlhabenden (76 % der Befragten mit Hochschulbildung, 78 % mit einem monatlichen Pro-Kopf-Einkommen von 4.000 PLN oder mehr, 77 % der Führungskräfte und Fachleute).

Ein übermäßiger Verlust an Souveränität wird überdurchschnittlich häufig von Befragten im Alter von 55 Jahren und älter (43 %), von Bewohnern ländlicher Gebiete (39 %), einschließlich Landwirten (46 %), von Personen mit Grundschulbildung (42 %) und beruflicher Grundbildung (46 %) sowie von Befragten mit

einem monatlichen Pro-Kopf-Einkommen von weniger als 2.000 PLN (43 %) angegeben. Die Einschränkung der Souveränität Polens ist für Männer (40 %) häufiger ein Anliegen als für Frauen (28 %). Die Wahrnehmung des Umfangs der polnischen Souveränität in der Europäischen Union ist vor allem von der politischen Ausrichtung abhängig. Die meisten Befragten mit rechtsgerichteten politischen Ansichten (59 %) sehen in der EU-Mitgliedschaft eine zu weitgehende Einschränkung der Unabhängigkeit unseres Landes. Ein größerer Anteil der Befragten mit linker Orientierung (83 %) und mit zentristischer Orientierung (67 %) ist der gegenteiligen Meinung. Und je häufiger die Teilnahme an religiösen Praktiken, desto häufiger das Gefühl, dass die Mitgliedschaft unsere Souveränität bedroht.

Die Wähler der PiS (68 %) und – seltener – der *Konfederacja* (50 %) sind überwiegend davon überzeugt, dass die Unabhängigkeit Polens in der EU zu stark begrenzt ist. Diese Meinung wird von der großen Mehrheit der Anhänger von KO (6 %), der Linken (7 %) und von Szymon Hołownias Polen 2050 (12 %) nicht geteilt.

Nationaler Wiederaufbauplan. Was denken die Polen darüber?

Die Befragten wurden auch nach ihrer Meinung über den Nationalen Wiederaufbauplan gefragt. 70 % befürworten den Rückzug Polens von einigen Änderungen im Justizwesen, damit Zahlungen an Polen aus dem EU-Wiederaufbaufonds geleistet werden können (40 % befürworten dies ausdrücklich). Zwölf % der Befragten lehnen Zugeständnisse ab (4 % davon mit Nachdruck). 18 % hatten keine Meinung.

Der Rückzug aus einigen Änderungen im Justizwesen wird nicht nur von denjenigen befürwortet, die in der EU keine übermäßige Einschränkung der polnischen Souveränität sehen (80 %), sondern auch von fast zwei Dritteln derjenigen, die der Meinung sind, dass die Zugehörigkeit zur EU im Allgemeinen zu sehr in die Unabhängigkeit unseres Landes eingreift (63 %).

In allen soziodemografischen Gruppen und in den nach politischer und weltanschaulicher Orientierung unterschiedenen Gruppen überwiegt die Unterstützung für den Verzicht auf einige der Änderungen im Justizwesen im Gegenzug für die Freigabe von Zahlungen aus dem EU-Wiederaufbaufonds. Die Zustimmung zu diesem Schritt überwiegt auch in den Wählerschaften aller Gruppierungen, die derzeit die größte öffentliche Unterstützung genießen (von 56 % in der Wählerschaft der *Konfederacja* bis 84 % in der Wählerschaft der Linken und der bürgerlichen Koalition).

Wie CBOS betont, ist die Bewertung der Art und Weise, wie die Union die weiteren Herausforderungen meistert, trotz der breiten Unterstützung für die EU-Mitgliedschaft und der großen Zustimmung für die weitere Entwicklung der europäischen Integration nicht eindeutig positiv. Bei der Betrachtung von fünf wichtigen Themen, mit denen sich die Union in den letzten Jahren befasst hat, wurden die Politik gegenüber der COVID-19-Pandemie und ihren Folgen (55 % positive Bewertungen zu 33 % negative), der Krieg in der Ukraine (52 % zu 37 %) und die Politik zur Achtung der Rechtsstaatlichkeit in den EU-Ländern (52 % zu 30 %) relativ gut bewertet. Kontroverser sind die EU-Klimapolitik (42 % positiv zu 39 % negativ) und die Migrationspolitik (40 % zu 39 %).

Die CBOS-Umfrage wurde vom 30. Mai bis zum 9. Juni 2022 mit einem gemischten Verfahren an einer repräsentativen registrierten Stichprobe von 1.050 erwachsenen Einwohnern Polens durchgeführt (davon 61,6 % per CAPI, 23,1 % per CATI und 15,2 % per CAWI).

Quelle: PAP

Zsfg.: JP

<https://wiadomosci.onet.pl/kraj/polacy-nigdy-nie-byli-tak-proeuropejscy-najnowszy-sondaz/mr54xr1>

ZITAT DER WOCHE



Quelle: plejada.pl

"7 Jahre, in denen die sozialen Bindungen zerstört, die Menschen gegeneinander aufgehetzt, Verleumdungen ausgestoßen und Gesetze gebrochen wurden. 7 Jahre Diebstahl am helllichten Tag, Verfassungsbruch und Wahlfälschung waren nicht genug. Erst die Preise für Kohle und Fressen verärgerten die Anhänger der Judas-Religion der PIS. Es hat lange gedauert."

Zbigniew Hołdys - polnischer Musiker, Dichter und Journalist

Quelle:

<https://www.facebook.com/100001190308367/posts/pfbid09pk7i6pFvK7u6JquvpJRHLVbUSXERvw7e5DNmVnK9rzEeb4ZfnNV2ufTX6qmChGGI/>

tagesschau.de

Deutsche Doppelbotschaft an Polen

<https://www.tagesschau.de/ausland/europa/merz-polen-107.html>

nd-aktuell.de

Politik des gleichen Abstands – eine Illusion?

<https://www.nd-aktuell.de/artikel/1165631.polen-politik-des-gleichen-abstands-n-eine-illusion.html>

dw.com

Inflation in Polen: Ist Putin Schuld?

<https://www.dw.com/de/inflation-in-polen-ist-putin-schuld/a-62611200>

berliner-zeitung.de

Bei der Unterstützung der Ukraine geht es auch um Sicherheitsinteressen, nicht nur um Moral

<https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/bei-der-unterstuetzung-der-ukraine-geht-es-auch-um-sicherheitsinteressen-nicht-nur-um-moral-li.248924>

spiegel.de

Baerbock räumt mögliche Probleme bei Panzer-Ringtausch ein

<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/ukraine-krieg-annalena-baerbock-raeumt-moegliche-probleme-bei-panzer-ringtausch-ein-a-83356487-99ba-4ea4-a8c0-4b476b765841>

DEKODER auf Deutsch

<https://dekoder.com.pl/deutsch-artikel/>

DIALOG FORUM – Perspektiven aus der Mitte Europas

<https://forumdialog.eu/>

POLEN und wir – älteste Zeitschrift für deutsch-polnische Verständigung

<http://www.polen-und-wir.de/>

REDAKTION:

kontakt@mitte21.org

Christel Storch-Paetzold

Jerzy Paetzold | Andreas Visser | Krzysztof Wójcik